

## **Flankierung des demographischen Wandels durch die regionalisierte Arbeits- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen**

*Regionen erfreuen sich sowohl in Wissenschaft und Forschung als auch in der Ausgestaltung realer Politikansätze einer ungebrochenen Popularität. Zu Beginn der 1990er Jahre war die Globalisierung das bestimmende Thema, dem man wirtschaftlich, gesellschaftlich wie auch persönlich nahezu „ausgeliefert“ war. Lebensbedingungen wurden aus der regionalen Verankerung gelöst und somit traten regionale Differenzierungen und Fragestellungen immer stärker in den Hintergrund. Mit einer fortschreitenden Globalisierung wuchs das Bedürfnis nach überschaubaren, identifikationsstiftenden Regionen, sei es aus einem Gefühl einer zu kompensierenden Machtlosigkeit heraus oder aus einem emotionalen Nahweltbedürfnis (Blotevogel 1996, S. 46 ff.). Regionen leisten einen entscheidenden Beitrag u.a. zur Bewältigung und Flankierung des demographischen Wandels, hier greift die seit Jahrzehnten eingespielte regionalisierte Arbeits- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, die im nachfolgenden Beitrag näher ausgeleuchtet werden soll. Die Struktur, Wirtschafts- und Arbeitspolitik des Landes NRW wird zu einem maßgeblichen Anteil aus Mitteln der Strukturfonds der Europäischen Union (Europäischer Sozial Fonds (ESF) und Europäischer Fonds zur Förderung der Regionalen Entwicklung (EFRE)) finanziert.*

### **1 Region als Gestaltungsarena für arbeits- und strukturpolitisches Handeln**

Diskussionen zu Region und Regionalentwicklung sind aktuell sehr dynamisch. „Die Region“ ist *en vogue*, sowohl innerhalb der Praxis, in der immer wieder neue Regionalentwicklungsinitiativen (vgl. dazu aktuell den Formatierungsprozess „Metropolregion Rheinland“ in NRW), als auch innerhalb der wissenschaftlichen Reflexion und Analyse (vgl. dazu aktuell u.a. Kühne/Weber 2015, aber auch frühere Arbeiten von Danielzyk 1999 und Blotevogel 2000).

Erfahrungen mit unterschiedlichen Politikansätzen haben national wie international gezeigt, dass weder ein ungehindertes Wirken der Marktkräfte (Neoliberalismus) noch die zentralstaatliche Globalsteuerung (Keynesianismus) eine sozialverträgliche Bewältigung des tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandels bewältigen und eine gleichmäßige regionalen Entwicklung gewährleisten kann. Der Ausrichtung des politischen Handelns auf die Herausforderungen der „Globalisierung“ wird z.B. in der Bildungspolitik durch die Verknüpfung der strategischen Prinzipien des „Lebenslangen Lernens“ einerseits und dem „regionalen Handeln“ zum Aufbau von Lerninfrastrukturen andererseits begegnet (vgl. Schreiber-Barsch 2002, S. 242). Wenn vom regionalen Bezug die Rede ist, so ist zumeist ein Referenzmodell gemeint, das

- Region als territoriale Ebene mit den konstituierenden Merkmalen wie Flächengröße, Pendlerströme oder Einzugsgebiete;
- Region als administrative Ebene mit einer Differenzierung nach Regierungsbezirken-, Arbeitsamts-, Kammer- und Kreisbezirken oder;
- Region in struktureller Hinsicht mit vergleichbaren Strukturmerkmalen wie Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarktdaten, Bildungsinfrastruktur etc. (vgl. Dobischat et al. 2006, S. 23 ff.)

Der Terminus Region<sup>1</sup> muss als permanenter Prozess einen dynamischen Charakter gegenüber statischen Sichtweisen und Abgrenzungen aufweisen, denn nur eine relativ offene Begriffsformel kann es ermöglichen, die Entwicklungs- und Gestaltungsfähigkeit eines wie auch immer

---

<sup>1</sup> In einer Grobklassifikation unterscheidet beispielsweise Blotevogel (1996) zwischen Realregionen, Aktivitäts- und Wahrnehmungsregionen. Diese Regionstypologisierung verbindet sowohl unterschiedliche erkenntnistheoretische Zugänge als auch Repräsentationsformen von Raumausprägungen, wodurch sich Mehrfachzuordnungen ein und derselben Region ergeben können. Vgl. weiter zum Regionsbegriff Chilla et al. (2015), Fischer/Weber (2015) sowie Weber/Weber (2015).

abgegrenzten Bezugsrahmens hervorzuheben. „Regionen definieren sich danach, in welchem Raumbezug bestimmte Handlungen sinnvoller Weise mit welchen Akteuren zusammen durchzuführen sind“ (Fürst 2002, S. 1 f.). Die Abgrenzung bzw. Etablierung eines Bezugssystems „Region“ ist ein variabler und oszillierender Prozess, in dem, je nach Perspektive des Betrachters, ganz bestimmte Interessenlagen und Ziele zum Ausdruck kommen. Region ist also an sich nicht existent, sondern muss kommunikativ erzeugt und damit konstruiert werden (vgl. Gerhardter 2001, S. 59 f.).

Region dabei weder „passiver Resonanzkörper“ gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsprozesse noch „autonome räumliche Wirtschaftseinheit“. Vielmehr ist Region ein sozial-ökonomisches Wirkungsfeld bzw. ein räumlicher Kooperations- und Interaktionszusammenhang mit spezifischen ökonomischen, sozialen und politischen Netzwerken, Institutionen und Kommunikationskanälen. Dabei ist die Region sowohl wirtschaftlicher Handlungs- und Kooperationsraum als auch sozialer und ökologischer Lebensraum, kultureller Identifikationsraum und politischer Entscheidungs- und Regulationsraum“ (vgl. Läßle 1998, S. 69).

Eine gemeinsame Geschichte, regionalspezifische Traditionen, Wertvorstellungen und sprachliche Besonderheiten prägen als besondere Merkmale das Profil einer Region und verursachen eine Art Zusammengehörigkeits- und Vertrautheitsgefühl der in der Region lebenden Menschen, die sich mit den Gegebenheiten identifizieren. Kollektive Normen und politisch-administrative Vorgaben bilden die Rahmenbedingungen für Aktivitäten der Akteure. Als überschaubarer Akteursraum bedarf es der kommunikativen Bündelung zu einem Leitbild. Im Hinblick auf eine Lernende Region wird dabei vor allem auf ein gemeinsames Interesse- und Zielverständnis relevanter regionaler Akteure abgestellt, das sich in Form einer Selbstbindung an eine gemeinsame Sache im Sinne der Realisierung einer Vision äußert. Damit erwirbt das Konstrukt Region eine Eigenidentität, die sich darin konkretisiert, dass regionale Akteure in diesem Handlungsraum Region einerseits ein bestimmtes Leitbild realisieren wollen, zudem Erfahrungen sammeln und Handlungsoptionen diskutieren können, andererseits durch selbstorganisierte und reflektierte Lernprozesse qualifiziert werden, die Gestaltung dieses Handlungsrahmens und seiner Aufgabenfelder selber aktiv voranzutreiben.

Nach welchen kategorischen Zugängen Region auch differenziert und abgegrenzt werden kann, ist es zweckmäßig, Region als entwicklungsfähigen und überschaubaren Handlungs- und Gestaltungsraum regionaler Akteure zu definieren, um so eine Fokussierung auf regionale Entwicklungspotenziale zu ermöglichen und die Relationen und damit wechselseitigen Beziehungsgefüge zwischen verschiedensten regionalen Akteuren transparent und ausbaufähig erscheinen zu lassen. Die Betrachtung der unterschiedlichen Definitionen des Begriffs Region führt dazu, dass man zumeist auf eine Kombination von Lage- und Sachattributen bzw. auf zwei Hauptkriterien trifft: Erstens die mittlere Größenordnung und zweitens die Kohäsion, die eine Abgrenzung nach außen und nach innen ermöglicht.

## **2 Strukturdefizite als Ergebnis ordnungspolitischen Handelns – Regionalisierung als politische Gestaltungsoption in Nordrhein-Westfalen**

Ein zentraler Topos in Konzeptionen, die sich mit Region, Regionalisierung und/oder regionaler Entwicklungs- und Strukturpolitik beschäftigen, ist die Entwicklung und Mobilisierung endogener Potentiale, die zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, wie z.B. des demographischen Wandels, genutzt werden können.

Die Gemeinsamkeit von Konzepten einer regionalisierten Entwicklungs- und Strukturpolitik, wie sie bisher in den Bundesländern formuliert worden sind, liegt in der Zielsetzung, die verantwortlichen Kräfte in den Regionen zu mobilisieren und deren Kompetenzen und Initiativen zu bündeln, um darüber die regionale Wirtschaftsstruktur im Sinne einer endogenen Regionalentwicklung zu verbessern. Regionalisierung in diesem Verständnis (vgl. Benz, A. u.a. 1999; Diller 2002):

- ist eine Strategie der prozessorientierten **Entwicklungspolitik**, in der es vorrangig um die ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung von Räumen geht;
- ist im Kern eine Politik, die auf Funktionsräume abstellt und in denen Politik jenseits des öffentlichen Sektors stattfindet. Priorität genießen Aktivitäten und Ressourcen, nicht die Definition von abgegrenzten Zuständigkeiten;
- charakterisiert sich durch die Veränderung der Aufgabenerfüllung und der Handlungsformen. Statt einer hierarchischen Steuerung durch den Staat wird der flexiblen Kooperation zwischen staatlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Akteuren Vorrang eingeräumt;
- präferiert die Integration von Akteuren und Aktivitäten innerhalb der Region z.B. im Rahmen einer raumbezogenen Querschnittspolitik (statt sektoraler Fachpolitiken),
- ist durch die zunehmende Herstellung von Legitimation und Kontrolle durch Formen der Verhandlungsdemokratie gekennzeichnet.

Region wird in diesem Konzept zum "Kommunikationsraum" und bekommt damit die Funktion, die entwicklungspolitische Diskussion systematisch und partizipatorisch zu fördern.

### **3 Entwicklungsphasen der regionalisierten Arbeitspolitik in Nordrhein-Westfalen**

Nordrhein-Westfalen und die Region Niederrhein (Stadt Duisburg, Kreis Wesel, Kreis Kleve) können in diesem Jahr auf 25 Jahre regionalisierter Arbeits- und Strukturpolitik zurückblicken. In Nordrhein-Westfalen werden dezentrale und beteiligungsorientierte Politikansätze seit 1987 im Rahmen der Strukturpolitik und seit 1989 im Kontext der Arbeitspolitik<sup>2</sup> umgesetzt. Auslöser hierfür war die kritische Diskussion der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung in den 1980er Jahren. Aus der Hauptkritik der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung an der quantitativ interventionistischen Gemeinschaftsaufgabe resultierte die Forderung nach einer eigenständigen Regionalpolitik, die maßgeblich von den regionalen Akteuren und nicht mehr von der zentralen, staatlichen Ebene getragen werden sollte. Auch wenn die „Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM)“ und die „Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens (ZIN)“ bei ihrer Entstehung als fachübergreifende, strukturpolitische Programme konzipiert waren, spielten arbeitspolitische Elemente bei ihrer Umsetzung eine marginale Rolle.

Wenn man insbesondere die regionalisierte Landesarbeitspolitik Revue passieren lässt, so können im Wesentlichen drei Meilensteine<sup>3</sup> in der 25jährigen Geschichte wie folgt identifiziert werden (vgl. dazu nachfolgend insbesondere Molitor 2000 und Beyer/Frese 2013):

#### ***Regionalisierte Arbeitspolitik des Landes NRW seit 1990***

Im Jahr 1990 startete das Land Nordrhein-Westfalen mit einem neuen Konzept einer regionalisierten Landesarbeitspolitik. Stark im Vordergrund stand in dieser Periode die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Der Strukturwandel in den sogenannten Ziel 2-Regionen sollte durch qualifizierungs- und beschäftigungspolitische Projekte flankiert werden. Zur Umsetzung der regionalisierten Arbeitspolitik wurde die Errichtung von Regionalkonferenzen bzw. Regionalen Beiräten initiiert und die Förderung einer regionalen Beratungs- und Informationsinfrastruktur in Form der Regionalsekretariate vorgenommen. Standorte der beiden Regionalsekretariate in der Region Niederrhein waren zum einen die Stadt Duisburg und zum anderen der Kreis Wesel. Anfang/Mitte der 1990er Jahre wurden in diesen Arbeitskontexten zahlreiche Maßnahmen und Projekte in der Region aufgesetzt: Umschulungen von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit

<sup>2</sup> Neben der Bezeichnung *Arbeitspolitik*, werden Arbeitsmarktpolitik bzw. Beschäftigungspolitik teilweise synonym verwendet. Arbeitspolitik schließt im ursprünglichen Sinne außer Arbeitsmarktpolitik auch Arbeitsbeziehungen mit ein. Der Begriff Arbeitsmarktpolitik wird zunehmend parallel zu einer politischen Neuorientierung durch die Bezeichnung *Arbeitspolitik* ersetzt. Sie steht für eine Perspektive, die über marktkorrigierende Maßnahmen hinaus sich konsequent an der Entwicklung der sogenannten human resources nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns ausrichtet.

<sup>3</sup> In der verkürzten Darstellung werden nicht auf alle Landesprogramme – und Landesinitiativen eingegangen.

bedrohten Bergbaubeschäftigten, Existenzgründungen und sogenannte „integrierte Projekte“, die strukturpolitische Aufgaben wie die Reaktivierung von Industriebrachen sowie die Instandsetzung von leer stehenden Gebäuden und öffentlichen Parkanlagen, die mit der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen verbunden waren. In Ergänzung zu diesen Maßnahmen unterstützte das Land NRW die Kommunen bei der Finanzierung von Arbeitsförderungsprogrammen „Arbeit statt Sozialhilfe“, mit denen langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger in eine geordnete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht wurden.

Ab Mitte der 1990er Jahre rückte die sogenannte präventive Arbeitsmarktpolitik in den Vordergrund. Mit Beschäftigungstransfergesellschaften wurden den Folgen von Betriebsstillegungen und Personalabbau in der Industrie entgegengewirkt. Durch diese Maßnahmen des Beschäftigungstransfers konnte oft ein direkter Übergang von Arbeit in Arbeit geschaffen werden, u.a. mit Hilfe einer zwischenzeitlichen Qualifizierung nach dem Motto „Qualifizieren statt Entlassen.“ Seit Mitte der 1990er Jahre wurden in NRW auch die beiden großen Landesprogramme „Qualifizierung, Arbeit, Technik, Reorganisation (QUATRO)“ und ADAPT durchgeführt.

Mit der neuen Programmphase ab 2000 änderte sich der Ansatz präventiver Arbeitsmarktpolitik des Landes, diese fokussierte sich jetzt nicht nur auf Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit bedroht waren, sondern wendete sich generell an Beschäftigte aus kleinen und mittleren Unternehmen und an die Unternehmen selbst. Die als notwendig erachtete arbeitsorientierte betriebliche Modernisierung sollte durch Maßnahmen der Qualifizierung, Personal- und Organisationsentwicklung vorangebracht werden. Zum Einsatz kamen hier erstmalig die Potentialberatung und Verbund-, Modell- und Konzeptentwicklungsprojekte.

Mit der Landes-ESF-Programmphase ab 2000 erhielt die Regionalisierung einen deutlichen Schub. Das Landesarbeitsministerium stellte den Regionen nunmehr fest kalkulierte regionale Mittelbudgets zur Verfügung. Auf der Basis zu erstellender arbeitsmarktpolitischen Rahmenkonzeptionen wurden Zielvereinbarungen zur Umsetzung und Gewichtung der verschiedenen Handlungsfelder getroffen. Organisatorischer Ausgangspunkt und der Fokus der Kooperations- und Konsensstruktur bildete die regionale Arbeitsmarktkonferenz. Die wesentliche Aufgabe dieser Konferenz bestand insbesondere darin, die Arbeitsmarktprogramme des Landes NRW und des ESF umzusetzen und konzentrierte sich dabei auf die Förderung von Projekte und Initiativen, die unternehmens- und damit mittelstandsnah sowie branchenorientiert ausgerichtet waren und den Strukturwandel unterstützten. Über kooperativ angelegte Projektentwicklungen wurde sie zu einem aktiven Bestandteil korporatistischer Politikstrukturen vor Ort und wirkte wesentlich an der Gestaltung einer regionalen Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik mit.

### ***Reorganisation der Landesarbeitspolitik mit der Landesregierung ab 2004/2005 sowie der neuen Förderphase ab 2007***

Im Jahr 2004 wurde das Wirtschafts- und Arbeitsministerium in NRW vereinigt (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit), nach dem Vorbild auf der Bundesebene. Durch den politischen Wechsel der Landesregierung (CDU/FDP) im Jahr 2005 wurden die etablierten regionalen Strukturen zunächst einmal auf den Prüfstand gestellt. In einem ersten Schritt erfolgte eine Reduzierung der bislang 34 Regionalsekretariate auf 16 Regionalagenturen auf der räumlichen Ebene der IHK-Kammerbezirke. Diese sollten die Technologie-, Struktur- und Arbeitspolitik des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit umsetzen. Die Hauptstelle der Regionalagentur NiederRhein wurde bei der Stadt Duisburg, im Amt für Statistik, Wahlen und Europaangelegenheiten eingerichtet, eine Nebenstelle beim Kreis Wesel, in der EntwicklungsagenturWirtschaft (EAW).

Mit Beginn der neuen EU-Förderphase ab 2007 wurde ein eindeutiger Schwerpunkt der Förderung im Handlungsfeld „Jugend und Berufsausbildung“ gesetzt. Deutlich wurde diese Fokussierung in dem 2006/2007 eingeführten Sonderausbildungsprogramm des Landes. Dadurch wurden die Handlungsfelder „Beschäftigungsfähigkeit“ und „Integration von arbeitsmarktpolitischen

Zielgruppen“ deutlich zurückgefahren. In dieser Zeit wurden landesweit sogenannte Demographie-Konferenzen durchgeführt, damit rückte das Thema Demographischer Wandel zum ersten Mal explizit in den politischen Fokus des Landes NRW. Der wesentliche Kern der ESF-Landespolitik in dieser Zeit bestand in der Umorientierung von der Projektförderung zur Koordinierung und Begleitung der breitenwirksamen Programminitiativen wie Bildungsscheck, Potentialberatung für Unternehmen, Jugend in Arbeit plus oder Werkstattjahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz.

### **Revitalisierung der regionalen Umsetzungsstrukturen ab 2010 und neue Förderphase ab 2014**

Die rot-grüne Landesregierung hat im Jahr 2010 an einer Neubestimmung der Landesarbeitspolitik gearbeitet. Im Koalitionsvertrag ist eine Revitalisierung der regionalen Umsetzungsstrukturen definiert worden. Der aktuelle Stellenwert der Regionen in Flächenland Nordrhein-Westfalen lässt sich an folgenden Bezugspunkten festmachen. Die Sichtweise des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk ist folgende:

In den letzten Jahren sind unterschiedliche regionale Konfigurationen entstanden. Neue Regionen, wie zum Beispiel die Metropole Ruhr, die Region Südwestfalen, der Zweckverband Region Aachen oder die Innovationsregion Rheinisches Revier stehen heute neben älteren regionalen Zusammenarbeitsformen. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Regionen zur Selbstorganisation fähig und inzwischen auch flexibel genug sind, auf globale Entwicklungen passende regionale Antworten zu finden. Die Bedeutung von Regionen wächst auch aus anderen Gründen: Im internationalen Wettbewerb sind sie besser wahrnehmbar. Die schwierige Finanzlage in vielen Kommunen ist besser zu bewältigen, wenn Kommunen zusammenarbeiten. Viele fachliche Aufgaben sind auf der Ebene der Städte kaum noch lösbar (Verkehr, Tourismus, Energietrassen etc.). Netzwerke und Cluster machen an den Stadtgrenzen nicht halt. Die Lösung demografischer Probleme ist eher in regionalen Handlungsansätzen möglich. Und nicht zuletzt lassen sich ökonomische Strategien des Landes eher auf einige Regionen als auf zahlreiche Städte und Gemeinden anwenden und umsetzen. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist zielgerichteter und effektiver. Deswegen stärkt die Landesregierung die Regionen, um ihre Potenz im internationalen Standortwettbewerb auszubauen und sie als feste Partner der Wirtschaftspolitik des Landes zu etablieren. Dazu heißt es im aktuellen Operationellen Programm EFRE:

*„Die Regionen NRW`s sollen auch in der Förderperiode 2014-2020 aktiv an der Umsetzung des OP EFRE NRW beteiligt werden. Hierfür soll ein bestimmter Prozentsatz des Finanzvolumens für regionale integrierte Handlungskonzepte zur Verfügung gestellt werden. [...] Die aktive Beteiligung von Regionen an der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes NRW ist seit vielen Jahren erprobt und erfolgreich. Sie berücksichtigt die Vielfalt des Landes und basiert auf der Tatsache, dass wirtschafts- und strukturpolitische Stärken und Schwächen regional sehr unterschiedliche Ausprägungen zeigen. Während einige Regionen sich nach wie vor mit den Auswirkungen des Rückzugs aus dem Steinkohlebergbau auseinandersetzen haben, sehen sich andere mit den Folgen der Konversion und des durch die Energiewende ausgelösten Strukturwandels, dem Rückzug wichtiger Industrien, des demographischen Wandels und ,eng damit verbunden, dem Fachkräftemangel konfrontiert. Durch Einbeziehung der relevanten regionalen Akteure und der regionalen Kompetenzen können die Regionen für diese Herausforderungen Lösungs- und Handlungskonzepte entwickeln, die ihren jeweils spezifischen Bedingungen entsprechen.“*

Schon heute fördert das Land kommunale Kooperationen. Das geschieht zum Beispiel durch integrierte Strukturprogramme, wie den Aufruf "Regio.NRW - Starke Regionen, starkes Land. Gesucht: Ideen für mehr Innovationen in den Regionen". Ziel ist es, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Regionen zu stärken. Sie entwickeln in Abstimmung mit dem Land integrierte Handlungskonzepte, die in konkrete Projektvorschläge münden. Strukturpolitische Vorstellungen des Landes und regionale Entwicklungsideen werden so miteinander verzahnt, um gemeinsam die individuellen Stärken für die größere Gemeinschaft zu nutzen. Schon bereits Anfang der 1990er Jahre wurde in der Region NiederRhein ein erstes Regionales Entwicklungskonzept erarbeitet. Anknüpfend an diese Tradition wurde ab dem Jahr 2007 die Zukunftinitiative Kompetenzregion NiederRhein (ZIKON I, II und 2020) gestartet und weitergeführt.

In Ergänzung zum OP EFRE findet sich der Stellenwert der Regionen im aktuellen Operationellen Programm ESF wie folgt wieder:

*„Die starken kleinräumigen und regionalen Disparitäten reflektieren beträchtliche regionale Entwicklungsunterschiede zwischen den Arbeitsmarktregionen. Die Arbeitsmarktregionen ergeben sich aus der regionalen Reichweite und Beziehungsdichte von Berufspendlerverflechtungen sowie Produktions- und Dienstleistungsverflechtungen auf regionaler Ebene. [...] Gerade in Bezug auf die beschäftigungspolitischen Zielsetzungen der Strategie Europa 2020 sind flexible überörtliche, überinstitutionelle und politikfeldübergreifende Umsetzungs- und Abstimmungsstrukturen erforderlich. [...] Hier setzen die 16 Regionalagenturen an. Sie bilden die Schnittstelle zwischen der Landespolitik zur Umsetzung des ESF auf der einen und den zahlreichen Akteuren aus Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen in ihrer Region auf der anderen Seite. Die Regionalagenturen entwickeln gemeinsam mit den Partnern Ziele und Handlungskonzepte im Hinblick auf die Bedarfe und Ressourcen vor Ort. Sie koordinieren die Lenkungsorgane für die gemeinsame Arbeit, in denen die regionalen Handlungskonzepte fachlich bewertet werden.“*

Nordrhein-Westfalen benötigt starke Regionen, nur dann wird der Standort im internationalen und überregionalen Wettbewerb bestehen. Deutlich ist, dass NRW an den regionalisierten Politikansätzen auch in den nächsten Jahren festhalten und diese weiter ausbauen wird.

#### **4 Fazit**

Der demografische Wandel wird mehr und mehr zu einem zentralen Thema der gestaltungsorientierten Regions- und Arbeitsforschung und prägt damit zunehmend die Entwicklung von Konzepten, Instrumenten und Modellen einer innovativen Arbeitsgestaltung in den Regionen. Die demografische Wende ist in der Region Niederrhein keine Fiktion mehr, sondern ein Fakt, wie im Demografiekompass Niederrhein 2030 der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer eindrucksvoll dokumentiert ist. Abschließend soll auf konkrete Unterstützungsangebote des Landes und des Bundes hingewiesen werden, mit denen die Flankierung des demographischen Wandels in der Region Niederrhein ermöglicht werden kann.

Das arbeitspolitische Förderinstrument **„Potenzialberatung NRW“** soll den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen: eine vom Betrieb ausgewählte Beratung ermittelt unter Beteiligung der Beschäftigten die Stärken und Schwächen des Unternehmens. Auf dieser Basis wird gemeinsam ein verbindlicher Handlungsplan zur Verbesserung der betrieblichen Praxis entwickelt und, soweit möglich, umgesetzt. Von diesem Angebot können NRW-Betriebe profitieren, die älter sind als fünf Jahre und weniger als 250 Beschäftigte haben. Das Land zahlt 50 % der Beratungskosten (max. 500 € je Beratungstag) für maximal 10 Beratungstage. Die Betriebe werden dazu durch die Regionalagentur Niederrhein bei Planung, Gestaltung und Förderung der Potenzialberatung unterstützt und können dort einen Beratungsscheck erhalten. Dieses Instrument greift für Betriebe ab 10 MitarbeiterInnen. Alternativ können Betriebe bei einer Mitarbeiteranzahl unter 9 MitarbeiterInnen auf das Instrument des Bundes **„unternehmensWert:Mensch“** zurückgreifen. Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten erhalten bis zu 80 Prozent Zuschuss zu den Kosten der Prozessberatung. Die Restkosten tragen die Unternehmen selbst. Die Beratung kann maximal zehn Tage dauern und maximal 1.000 Euro pro Beratungstag kosten. Mit der Initiative **„Demografie aktiv“** und dem Programm **„Arbeit gestalten NRW“** bündeln das Land und die Sozialpartner NRW die Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels. Ziel ist es, vor allem kleine und mittelständische Betriebe mit praxisnahen Angeboten für alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Denn insbesondere kleinen und mittleren Betrieben fehlen oft Ressourcen und Know-how, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl alternde Belegschaften leistungsfähig erhalten als auch Engagement und Bindung qualifizierter Nachwuchskräfte und Fachkräfte stärken. Angesichts dieser Herausforderungen haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW und der Deutsche Gewerkschaftsbund NRW die Initiative **„Demografie aktiv“** gegründet, um Beschäftigte und Betriebe bei der Bewältigung des demografischen Wandels zu unterstützen. Mit dem

„**DemografieKompass**“, gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, lassen sich schnell und einfach die betriebliche Altersstruktur erfassen und betriebsspezifische Zukunftsszenarien entwickeln. Im Gegensatz zu anderen Instrumenten berücksichtigt der DemografieKompass die wachsende Gruppe der 55- bis 65-jährigen Beschäftigten und gibt damit Orientierungspunkte für künftige betriebliche Veränderungsbedarfe. Eine weitere Möglichkeit für Unternehmen sich auf den demographischen Wandel einzustellen bietet die **Fachkräfteinitiative des Landes NRW**. Um erst gar keine Fachkräftelücke entstehen zu lassen und frühzeitig gegenzusteuern, gilt es, alle vorhandenen Potenziale auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen und weiterzuentwickeln. Für Nordrhein-Westfalen lassen sich daraus exemplarische Handlungsfelder identifizieren:

- Beschäftigte in den Betrieben qualifizieren: Viele Beschäftigte sind bereit, sich weiter und höher zu qualifizieren, wenn berufliche Perspektiven und interessante Tätigkeitsfelder für sie erreichbar sind.
- Frauenerwerbsbeteiligung erhöhen: Gut ausgebildete Frauen verlieren zu häufig den (Wieder-)Anschluss ans Berufsleben nach der Elternzeit, weil die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht stimmen. Knapp die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in NRW ist zudem in Teilzeit beschäftigt. Mit einer Frauenerwerbsquote von 66 Prozent liegt NRW im Bundes-Vergleich auf den hinteren Plätzen.
- Nachholen von Berufsabschlüssen - Arbeitslose integrieren: Ein ungenutztes Potential liegt bei Arbeitslosen und Beschäftigten, die über keinen Berufsabschluss verfügen. Viele Kurz- und Langzeitarbeitslose sind zudem hoch motiviert, eine neue Beschäftigung aufzunehmen. Mögliche Handicaps sind durch gute Einarbeitung und Begleitung abbaubar.
- Beschäftigungspotentiale durch „Gute Arbeit“ erhöhen: Noch immer gehen zu viele ältere Beschäftigte früher als nötig in den Ruhestand oder verlassen ihren Betrieb. Durch Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung, Arbeitszeitgestaltung und gesunde Arbeitsbedingungen kann die reale Beschäftigungsdauer deutlich gesteigert werden.
- Warteschleifen für ausbildungsfähige Jugendliche abbauen: Rund 35.000 – 40.000 ausbildungsfähige Jugendliche befinden sich in – zumeist schulischen – Bildungsgängen, da sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Übergänge in Schule und Beruf sind effizienter zu gestalten.
- Ausbildungs- und Studienabbrüche reduzieren: Zwischen 20 – 30 Prozent der Auszubildenden oder Studierenden brechen aus unterschiedlichen Gründen ihre Bildungsgänge ab. Durch präventive oder flankierende Maßnahmen lassen sich viele dieser Abbrüche vermeiden.

Die Regionalagentur NiederRhein hat sich in diesem Kontext als überaus effizienter Dienstleister erwiesen. Querzudenken, Menschen aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern ins Gespräch zu bringen und gemeinsame Projekte zu initiieren, dafür hält die Regionalagentur eine Menge Fachwissen und Vernetzungskompetenzen vor, die es zur Flankierung des demographischen Wandels zielgerichtet zu nutzen gilt.

## Zitierte und weiterführende Literatur

- Benz, A./Fürst, D./Kilper, H./Rehfeld, D.** (1999): Regionalisierung. Theorie-Praxis-Perspektiven. Opladen.
- Beyer, J./Frese, C.** (2013): Die Bedeutung des Europäischen Sozialfonds in der Stadt Dortmund für eine moderne Beschäftigungspolitik, in: Bömer, H./Zimmermann, D. (Hrsg.): Stadtentwicklung in Dortmund seit 1945. Nordstadt-, Energie-, Gesundheits-, Beschäftigungs- und Bahnhofspolitik, Essen, S. 119-136.
- Blotevogel, H.H.** (1996): Auf dem Wege zu einer Theorie der Regionalität: Die Region als Forschungsobjekt in der Geographie, in: Brunn, G. (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde: wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10.-11. Oktober 1995, Baden-Baden, S. 44-68.
- Blotevogel, H.-H.** (2000): Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.2000, Bonn, S. 491-506.
- Chilla, T./Kühne, O./Weber, F./Weber, F.** (2015): Neopragmatische Argumente zur Vereinbarkeit von konzeptioneller Diskussion und Praxis der Regionalentwicklung, in: Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.) (2015): Bausteine der Regionalentwicklung, Wiesbaden, S. 13-24.
- Danielzyk, R.** (1999): Regionale Kooperationsformen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.1999, Bonn, S. 577-586.
- Diller, Ch.** (2002): Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperation in Deutschland. Opladen.
- Dobischat, R./Düsseldorff, C./Nuissl, E./Stuhldreier, J.** (2006): Lernende Regionen – begriffliche Grundlagen, in: Nuissl, E./Dobischat, R./Hagen, K./Tippelt, R. (Hrsg.) (2006) Regionale Bildungsnetze. Ergebnisse zur Halbzeit des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, Bielefeld, S. 23-33.
- Fischer, C./Weber, F.** (2015): „Ein Bier wie seine Heimat – ursprünglich, ehrlich und charaktervoll.“ Eine Untersuchung der Vermarktung fränkischer Biere aus diskussionstheoretischer Perspektive, in: Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.) (2015): Bausteine der Regionalentwicklung, Wiesbaden, S. 73-93.
- Fürst, D.** (2002): Region und Netzwerke. Aktuelle Aspekte zu einem Spannungsverhältnis. In: DIE-Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 9 (2002) 1, S. 22-24, hier zitiert nach [www.die-frankfurt.de/zeitschrift/12002/region\\_und\\_netzwerke.htm](http://www.die-frankfurt.de/zeitschrift/12002/region_und_netzwerke.htm).
- Gerhardter, G.** (2001): Region mit Köpfchen – oder: wie steuert man ein Konstrukt?, in: Matthiesen, U./Reutter, G. (Hrsg.): Lernende Regionen – Mythos oder lebendige Praxis?, Bielefeld, S. 59-66.
- Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.)** (2015): Bausteine der Regionalentwicklung, Wiesbaden.
- Läpple, D.** (1998): Globalisierung – Regionalisierung: Widerspruch oder Komplementarität?, in: Kujath, H.-J. (Hrsg.): Strategien der Regionalen Stabilisierung: wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes, Berlin, S. 61-82.
- Molitor, B.** (2000): Regionalisierte Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen 1989-1999, in: Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung NRW, Bottroper Dokumente 21, Bottrop, S. 6-17.
- Schreiber-Barsch, S.** (2002): Die Idee der Learning Communities: regionale Bildungsnetzwerke in internationaler Perspektive, in: Hessische Blätter für Volksbildung, (2002) 3, „Globalisierung und Regionalisierung als politische Aufgabe“, Frankfurt/Main, S. 241-248.
- Weber, F./Weber, F.** (2015): „Die Stärken der Region herausarbeiten“ – Von Idealvorstellungen und Hindernissen vor Ort, in: Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.) (2015): Bausteine der Regionalentwicklung, Wiesbaden, S. 169-177.

## Dr. Jens Stuhldreier

Dr. phil., Diplom-Ökonom, 1. Staatsexamen Sek. II berufsbildende Schulen; Jahrgang 1968  
1988 – 1991 Ausbildung zum Bankkaufmann; 1991 – 1996 Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Speziellen Wirtschaftslehre an der FernUniversität Hagen und der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg;  
1996 – 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter/Prozessbegleiter in der Werkstatt Unna gGmbH; ab 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Erziehungswissenschaft, Fachgebiet Wirtschaftspädagogik/Betriebliche Aus- und Weiterbildung; 2003 Promotion zum Thema „Reorganisation in Klein- und mittelständischen Unternehmen“; ab Februar 2005 Leiter der Regionalagentur NiederRhein ([www.regionalagentur-niederrhein.de](http://www.regionalagentur-niederrhein.de)); vielfältige Gutachterfunktionen für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, im EU-Programm Leonardo da Vinci (Mobilität) sowie für das Bundesinstitut für Berufsbildung; Fachdozent in diversen IHK-Aufstiegsfortbildungsgängen; seit 2013 Vorstandsvorsitzender des NUREC-Institutes e.V. Duisburg ([www.nurec.de](http://www.nurec.de))